



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Büro Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
☎ (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53015 Bonn

An den
Vorsitzenden der Bonner CDU
Helmut Hergarten
Eduard-Otto-Str. 34

53129 Bonn
per eMail info@cdu-bonn.de

Bonn, den 1. Dezember 2002

Betreff: Ihr Brief bzgl. Befürchtungen zur Neuorganisation der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Hergarten,

mit Interesse habe ich Ihren Brief vom 29. November gelesen, den Sie wohl statt einer Pressemitteilung an die regionalen Medien gegeben haben.

Ich kenne Sie zu gut als aufmerksamen Beobachter, als dass Ihnen wichtige Punkte entgangen seien könnten:

Sie haben ja in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass Sie im Internet recherchieren können. Dann wäre Ihnen aufgefallen, dass meine Presseerklärung, auf die Sie sich bezogen, wie folgt beginnt: „Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber wird die wieder aufkeimenden Gerüchte über mögliche Verlegungen von weiteren Ministeriumsarbeitsplätzen in Berlin zur Sprache bringen. In Gesprächen mit den Ministern und der Fraktionsführung will er dabei auf die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes drängen“. Ihre Äußerung der „ruhigen Hand“ erweist sich da dann doch schnell als inszenierter Popanz.

Hätten Sie die Berichterstattung in den regionalen Medien verfolgt, wäre Ihnen aufgefallen, dass vor einiger Zeit schon zweiundzwanzig rheinische SPD-Abgeordnete die Bundesgesundheitsministerin zur Untersagung des KBV-Umzugs aufgefordert haben. In den letzten zwei Wochen habe ich im Bezug auf die AOK die Verantwortung wiederholt deutlich gemacht. Gerne schicke ich Ihnen die Briefe, Presseerklärungen und Mitschnitte von Fernseh-Interviews zum Thema zu. Oder fragen Sie doch einfach den einzigen CDU-MdB der Region, Norbert Röttgen, was er und ich zum Thema abgesprochen haben. Denn ich gehe doch davon aus, dass Sie als Vorsitzender der Bonner CDU solch wichtige Informationen erhalten?

In der Tat hatten wir einmal vereinbart, dass wir bei dem Thema Berlin-Bonn nicht auf jede Äußerung sofort mit Presseerklärungen reagieren, sondern uns zunächst untereinander



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2

absprechen. Diesen Weg haben Sie jetzt leider erneut verlassen, als Sie mir einen Brief – im Widerspruch zu den Fakten – mit dem Ziel geschrieben haben, damit einen öffentlichkeitswirksamen Vorteil zu erlangen. Das ist sehr bedauerlich und der Wichtigkeit der Sache nicht angemessen. Mein Angebot, mich unter der Ihnen bekannten Mobilfunknummer jederzeit anzusprechen, steht. Es wäre schön gewesen, wenn Sie davon Gebrauch gemacht hätten.

Noch einmal: Ja, wir müssen in Bonn sehr wachsam sein. Ja, wir dürfen bei Verletzungen des Berlin-Bonn-Gesetzes (wie beim BMBF) oder bei Untätigkeiten (KBV und AOK) kein Blatt vor den Mund nehmen. Und im Zweifelsfall geht Bonn vor die Partei.

Aber wir brauchen dennoch eine gehörige Portion Gelassenheit. So war es z.B. sehr unglücklich, als selbst in den regionalen Medien das Gerücht, die Hälfte der Mitarbeiter des früheren Bundesarbeitsministeriums müssten nach Berlin gehen, die Runde machte. Was war passiert? Bundesminister Wolfgang Clement hatte deutlich gemacht, dass er 45% der Bonner Mitarbeiter übernehmen wolle. Daraus leiteten einige einen Umzug des Restes nach Berlin ab, obwohl damit nur zum Ausdruck gebracht worden war, dass 55% der Beschäftigten in das Ressort von Bundesministerin Ulla Schmidt wechseln würden. Das war übrigens mit einem Anruf zu klären!!!

Ich hoffe weiterhin, dass wir das für Bonn so wichtige Thema aus der Parteipolitik heraushalten können. Meine Bereitschaft dazu besteht auf jeden Fall. Deswegen reagiere ich z.B. nicht auf jede Äußerung von CDU-Politikern und deswegen spreche ich auch manche Äußerung von SPD-Politikern intern an und zeige dort die mir zur Verfügung stehenden, aber nur umsichtig und mit Dosierung anzuwendenden „Folterinstrumente“ gegenüber der eigenen Partei. Gerne informiere ich Sie übrigens persönlich über meine Gespräche in Berlin.

Mit freundlichen Grüßen,